

## Drei Fragen an Margarete Bause

**Deutschland bewirbt sich für die Jahre 2019/2020 nun zum sechsten Mal für einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Wie bewerten Sie diese Bewerbung?**

Unser Land sollte sich international stärker für Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte engagieren. Darum finde ich es gut, dass Deutschland sich in bestimmten Abständen um einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat bemüht. Meine politischen Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der Partei Bündnis 90/Die Grünen und ich wünschen uns mittel- bis langfristig allerdings einen europäischen Sitz. Solange dies nicht umgesetzt werden kann, sollten sich die europäischen Mitglieder im Sicherheitsrat sehr eng abstimmen.

**Deutschland, so heißt es, solle mehr internationale Verantwortung übernehmen. Warum jedoch befindet sich die Bundesrepublik im Bereich der UN-Friedenssicherung immer noch im Mittelfeld und engagiert sich fast ausschließlich in Mali bei der MINUSMA?**

Meine Fraktion und ich fordern seit vielen Jahren ein stärkeres Engagement und unterlegen dies immer wieder mit Initiativen im Bundestag. Leider hat sich die Bundesregierung zuletzt sogar mit dafür eingesetzt, dass das Budget der UN-Friedensmissionen gekürzt wird. Das kritisiere ich scharf und verlange im Gegenteil mehr Mittel für die Friedensmissionen und die Arbeit der UN insgesamt. Im Jahr 2017 haben wir die Bundesregierung aufgefordert, sich klare Zielvorgaben zu setzen. So war eine Forderung von uns, bis zum Jahr 2025 mindestens viermal so viele Polizistinnen und Polizisten wie aktuell in UN-Friedenseinsätze zu entsenden. Heute stellt Deutschland gerade einmal 27 Personen für UN-Polizeimissionen ab. Dies ist bei einer Gesamtzahl von rund 11 000 blamabel und zeugt nicht von internationaler Verantwortung.

**Warum spielen Ihrer Meinung nach die UN im Bundestag kaum eine Rolle und wie könnten sie präsenter werden?**

In der letzten Legislaturperiode gab es im Bundestag einen Unterausschuss Vereinte Nationen und ich hoffe, dass dieser auch jetzt wieder eingerichtet wird. Im Jahr 2015 hat unsere Fraktion viele Vorschläge zur Stärkung der UN vorgelegt. In der letzten Wahlperiode haben wir 17 Anträge zu den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) in den Bundestag eingebracht. Wir setzen uns für eine stärkere Gewichtung der zivilen Krisenprävention ebenso ein wie für die Sicherheitsratsresolution 1325 ›Frauen, Frieden, Sicherheit‹. Mit derartigen Initiativen versuchen wir, die Weltorganisation stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken.



**Margarete Bause,**  
geb. 1959, ist Mitglied im Ausschuss für  
Menschenrechte und humanitäre Hilfe im  
Deutschen Bundestag. FOTO: RALF ROLETSCHKE

spruch.<sup>25</sup> Hier sollte sich Deutschland an der Einhebung des Syrien-Konflikts beteiligen, dessen Fortbestehen wie kaum ein anderer das Ansehen der Weltorganisation beschädigt, und damit Russland und China mit ihrem rein geostrategischem Kalkül im Rat ein wenig zurückdrängen. Die Bundesregierung sollte sich überdies an der Mandatsausgestaltung einer möglichen UN-Friedenstruppe in der Ostukraine beteiligen.<sup>26</sup>

Sollte dies nicht umsetzbar sein, muss Deutschland zumindest beim Atomabkommen mit Iran hart bleiben und gemeinsam mit den anderen EU-Staaten ein Aufkündigen der USA verhindern. Das neue Format ›Strukturierter Dialog‹, an dem neben Deutschland, Frankreich, Großbritannien auch Italien und eine Vertretung der EU beteiligt sind, muss dazu genutzt werden.<sup>27</sup> In Afghanistan muss die Bundesregierung auf eine nachhaltige Eindämmung der Taliban und des IS hinwirken, da sich die Sicherheitslage in den letzten Jahren enorm verschlechtert hat. Den UN-Generalsekretär zu stärken, indem dessen Vorschläge für eine Reform der Friedenssicherung<sup>28</sup> auf den Weg gebracht werden, wäre ein ebenso realistischer wie dringend notwendiger Schritt.

Diplomatisches Geschick wird gefragt sein, um Großbritannien nach einem möglichen Brexit ab März 2019 weiterhin im Sinne der EU einzubinden. Gleichzeitig wird auf Deutschland in einem noch stärkeren Maße die Rolle des Hüters der EU-Interessen zukommen, die aufgrund der Spaltung in Fragen zur Migration und der Euro-Politik noch schwieriger zu definieren sein werden. Hilfreich für eine starke EU-Position könnte sein, wenn mit Polen, möglicherweise Belgien und Deutschland sowie Frankreich und Großbritannien ein Drittel der Ratsmitglieder aus Europa kommen sollte.

Auf nationaler Ebene sollte die Bundesregierung die breite gesellschaftliche Diskussion über eine strategischere UN-Politik nicht scheuen. Sollte es beim stetigen Ausbau der militärischen Beteiligung an UN-Missionen bleiben, müssen sich auch das Auswärtige Amt und der Außenminister dazu bekennen und das Verteidigungsministerium bei der dringend gebotenen Aufstockung des Wehretats und der Ausrüstung<sup>29</sup> unterstützen.<sup>30</sup> Die Große Koalition in Berlin wird es nicht leicht haben, mit einer national ausgerichteten Alternative für Deutschland (AfD) als größte Oppositionspartei für mehr internationales Engagement Unterstützung in der deutschen Öffentlichkeit zu gewinnen.<sup>31</sup> Sie sollte dies dennoch tun. In Zeiten von wachsendem Populismus, Autoritarismus und Nationalismus ist das traditionelle Eintreten Deutschlands für Rechtsstaatlichkeit, friedliche Streitbeilegung, Selbstbestimmungsrecht der Völker und Achtung der Menschenrechte wichtiger denn je. Die Erwartungen an Deutschland, hier nicht nachzugeben, werden groß sein.